



## Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

### **Maritime Tradition Schleswig-Holsteins bewahren - Strukturwandel in der Ostseefischerei aktiv mitgestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag bekennt sich zur maritimen Tradition Schleswig-Holsteins als einem wichtigen Teil unserer Kultur und Identität, der über Jahrhunderte gewachsen ist. Die von den EU-Fischereiministern für das Jahr 2022 festgelegten Fischfangquoten stellen eine existenzielle Bedrohung der Ostseefischerei dar. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, eine Strategie zu entwickeln, mittels derer angesichts verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die regionalen Fischereistrukturen in Schleswig-Holstein weitestgehend erhalten werden können. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei auf die zukünftige Gestaltung der Infrastruktur in den Häfen zu legen.

#### **Begründung:**

Nach den auf EU-Ebene neu festgelegten Quoten für den Fischfang dürfen im Jahr 2022 in weiten Teilen der Ostsee Hering und Dorsch nicht mehr gefangen werden, es sei denn, sie geraten als Beifang in die Netze. Ausnahmen gelten demnach für die Fischerei von Heringsen nur noch bei Schiffen unter einer Länge von 12 Metern, die mit Stellnetzen arbeiten. Aktive Fanggeräte wie gezogene Schleppnetze sollen jedoch verboten werden. Durch die Einschränkung der gezielten Befischung in der westlichen Ostsee sinkt die betreffende Fangquote beim Dorsch um 88%, wogegen beim Hering die erlaubte Fangmenge über den Zeitraum von 2017 bis 2021 um 94 % verringert worden ist.

Mit ihren Beschlüssen hat die EU unterschiedliche Maßstäbe an die Fanggebiete in der Ostsee und in den nördlich gelegenen Gebieten Kattegat und Skagerrak angelegt. Für die deutsche Fischereibranche drohen dadurch schwerwiegende Folgen, denn die massive Kürzung der Fangrechte bei Dorsch und Hering werden vielen Fischereibetrieben die Existenzgrundlage entziehen.

Die Bundes- und Landespolitik sind daher aufgefordert, sich diesem auf EU-Ebene beschlossenen wirtschaftspolitischen Kahlschlag in der deutschen Ostseefischerei durch Hilfen zu einem konstruktiven Strukturwandel entgegenzustellen und dazu beizutragen, dass möglichst viele Berufsfischer wirtschaftlich überleben können. Dies setzt besonders eine Unterstützung im Bereich der Hafeninfrastuktur voraus, da diese durch örtliche Fischereigenossenschaften in Zukunft immer weniger aufrechterhalten werden kann. Soweit Kühlhäuser und Eismaschinen aufgrund der Abwicklung von Fischereigenossenschaften vor Ort nicht mehr existieren, ist eine ausreichende Belieferung der verbliebenen Fischer mit anderweitigen Kühlkapazitäten zu gewährleisten.

Volker Schnurrbusch und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD